



Scharf beäugt: Die Bündner Jäger an ihrer Delegiertenversammlung in Müstair erleben eine turbulente Phase.

Bild Rolf Canal

Jäger müssen Bock bei den Hörnern packen

Nicht Wolf, nicht Bär, sondern die Jagdinitiativen waren das grosse Thema an der Delegiertenversammlung des Bündner Kantonalen Patentjäger-Verbands (BKPJV) vom Samstag in Müstair. Die Botschaft lautete: Nur eine geeinte Stimme kann gehört werden.

von Fadrina Hofmann

Zwei Initiativen machen den Bündner Jägern derzeit Sorgen: die Sonderjagdinitiative und die Initiative für eine naturverträgliche und ethische Jagd. Letztere darf gemäss Zentralpräsident Robert Brunold auf keinen Fall unterschätzt werden. Als «brandgefährlich» bezeichnete er sie gar am Samstagnachmittag vor den 157 Sektionsdelegierten an der Delegiertenversammlung in Müstair. «Die extremen Jagdgegner haben eine konsequente und knallharte Vorgehensweise, umso wichtiger ist es, dass wir Bündner Jäger uns positiv in der Öffentlichkeit zeigen», meinte er.

Als Ehrengast trat Regierungspräsident Mario Cavigelli vor die insgesamt rund 350 anwesenden Personen in Müstair. Auch er bezog sich in seiner

Grussrede auf die aktuelle Jagdpolitik. «Im Moment erleben wir eine recht turbulente Phase, was die Bündner Patentjagd angeht», sagte der Vorsteher des Bau-, Verkehrs- und Forstdepartements. Die zwei jagdkritischen Initiativen führten dazu, dass sich auch jene Teile der Bündner Bevölkerung mit der Jagd auseinandersetzen müssen, die sonst keinen Bezug dazu hätten.

«Es wird Zeit, dass wir Jäger uns auf eine Stimme konzentrieren.»

Georg Brosi
Bündner Jagdinspektor

Cavigelli sicherte den Jägerinnen und Jägern denn auch die volle Unterstützung der Regierung zu.

Er betonte aber auch, dass nun rasch jagdpolitische Lösungen notwendig seien. Themen, die breit diskutiert werden, könne man nicht aussitzen. «Wir müssen den Stier beziehungsweise den Gamsbock bei den Hörnern packen», lautete dann auch der Appell des Regierungsrats an die Anwesenden.

Die Sonderjagdinitiative wurde trotz der 10 000 gültigen Unterschriften vom Grossen Rat wegen Bundesverfassungswidrigkeit abgelehnt. Im März dieses Jahres hat der Verwaltungsrat des Kantons Graubünden die Beschwerde der Initianten abgelehnt und somit den Entscheid des Parlaments unterstützt. Nun ist die Sonderjagdinitiative ein Fall für das Bundesgericht. Cavigelli rechnet damit, dass

der Beschluss aus Lausanne erst im Jahr 2017 erfolgen wird.

Was die Initiative für eine naturverträgliche und ethische Jagd betrifft, beantragt die Regierung «vollumfänglich» die Ablehnung der Initiative, da auch in diesem Fall bundesverfassungswidrige Aspekte vorkommen. «Wir sind aber überzeugt, dass einzelne Themen dieser Initiative bei der nicht jagenden Bevölkerung Anklang finden könnten», meinte Cavigelli. Unter anderem verlangen die Initianten, dass trächtige, führende Hirschkühe sowie Rehgeissen und ihre Jungen generell zu schützen seien und dass Fallen zum Töten und das Anfüttern von Tieren zu verbieten seien.

Abschussplan 2016: 5000 Hirsche

Mit Fakten trat Jagdinspektor Georg Brosi vor die Delegiertenversammlung. Die wachsenden Wildbestände sind seiner Meinung nach mit den Forderungen der Jagdgegner nach einer Einschränkung der Jagdausführung nicht vereinbar. «Wie soll denn der Wildbestand noch reguliert werden?», lautete die rhetorische Frage des Vorstehers des Amtes für Jagd und Fischerei Graubünden. Die Folgen von milden Wintern mit geringen Fallwildzahlen und einer dadurch erhöhten Reproduktion im Frühjahr zeigen sich bereits heute in Form von zunehmenden Schäden in der Landwirtschaft und Problemen bei der natürlichen Verjüngung des Schutzwaldes oberhalb von Siedlungen.

«Die Initianten täten gut daran, sich nach der Realität zu richten», meinte Brosi. Er verriet, dass der Abschlussplan 2016 erneut über 5000 Hirsche vorsehen werde, was aber auch eine Nagelprobe für Graubünden bedeute. «Mehr als 5000 Hirsche zu schiessen bleibt eine Herausforderung», meinte der Jagdinspektor. Für Brosi ist klar: Die Zukunft der Bündner Jagd liegt in der erfolgreichen Umsetzung der Jagdpolitik. Dazu gehört auch die Teilrevision des kantonalen Jagdgesetzes, die unter anderem eine Verlängerung der Hochjagd im Oktober vorsieht. Auch Brosi beendete seine Rede mit einem Appell: «Es wird Zeit, dass wir Jäger uns auf eine Stimme konzentrieren, wenn wir noch gehört werden wollen.»

Die Nein-Parole gegen die Initiative für eine naturverträgliche und ethische Jagd genehmigten die Delegierten einstimmig. Die brisanten Themen Bär und Wolf wurden hingegen mit keinem Wort erwähnt.